

Einmütige Niederlegung der Arbeit.

Heute um 11 Uhr vormittags verließen sämtliche Landesbeamten Wiens, entsprechend einer ausgegebenen Parole, ihre Bureaus. Aus den Landesversicherungsanstalten, aus der Anstalt am Steinhof kamen sie und versammelten sich im großen Hof des alten Ständehauses in der Serrengasse, um Protest einzulegen gegen die Vorenthaltung eines schon seit 1. August fälligen Anschaffungsbeitrages und gegen die Verweigerung einer mit 1. September fällig werdenden Notstandshilfe.

Während im Hofe und in der Loreinfahrt Kopf an Kopf die Landesbeamten standen, in Kleidern, die bessere Tage gesehen hatten, heute aber schon bis auf die Knie aufgetragen sind, in Schuhen, denen man die verzweifeltsten Versuche, sie zum zweitenmal wieder instand zu setzen, ansah, sprach eine Deputation beim Landeshauptmann Sever vor, um noch einmal Gehör zu suchen für die bescheidenen, von der bittersten Not diktierten Forderungen der Landesbeamtenschaft. Die Stimmung unter der Beamtenschaft ist verzweifelt und von Mund zu Mund geht das Wort, das man früher nur bei Lohnkämpfen der Arbeiterschaft zu hören gewohnt war, das Wort vom „Streik“.

Die Versammlung im Hofe des Landhauses.

Während die Deputation der Landesbeamten bei Sever und Steiner weilte, wurde im Hofe des Landhauses eine Versammlung der Landesbeamten abgehalten. Ein Landesbeamter verwies in seiner oft von stürmischen Entrüstungsrufen gegen die Landesverwaltung unterbrochenen Rede darauf, daß es seit undenklichen Zeiten zum erstenmal sei, daß sich Beamte des Landes im Streik befänden. Der Streik ist nicht mutwillig vom Zaun gebrochen worden, sondern die Angestellten seien ausständig, weil sie mit den bisherigen Gehältern und Löhnen unmöglich ihr Auslangen finden können. Der Redner richtete an die ebenfalls im Hofe anwesenden einzelnen Landtagsabgeordneten das dringende Ersuchen, alles andere zurückzustellen und darauf zu bringen, daß die Forderungen der Landesbeamten sofort bewilligt werden.

„Ihr habt,“ so rief der Redner aus, „so viele Milliarden Schulden gemacht, es wird euch doch ein leichtes sein, die für die Landes-

angestellten notwendigen zwei Millionen Kronen aufzubringen!“

Die Resolution.

Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Landesbeamten verlangen: Sofortige Flüssigmachung der noch ausständigen Anschaffungsbeiträge und Notstandshilfen in jenem Ausmaß, wie sie die Staatsbediensteten seither bekamen. Sofortige Auagriffnahme der Gehaltsreaulierung. Anerkennung der Gewerkschaft der Landesbeamten als einzige verhandlungsberechtigte Gewerkschaft.

Jede die Landesangestellten betreffende Vorlage darf nur nach vorausgegangener Deputationsberatung durch uns dem Landtag eingereicht werden.

Die Landeskassen ohne Geld.

Nach Annahme der Resolution erstatteten Direktor Holzmeister und ein anderer Landesbeamter den Bericht über das Ergebnis der Vorträge der Deputation bei den Landeshauptmännern. Die Mitteilungen wurden von der Versammlung allenthalben mit dem Ausdruck argen Unwillens aufgenommen.

Die Wortführer der Deputation teilten mit, daß der Anschaffungsbeitrag ausbezahlt werden wird, aber nicht vor Dienstag, da die Landeskassen ohne Geld seien und die Banken nicht eine Krone Kredit geben, wenn die angeforderte Summe nicht vom Landtag genehmigt sei.

Aus der Versammlung erschollen Rufe: Nicht nachgeben! Wir können nicht mehr warten! Streiken wir weiter!

Eine neuerliche Deputation.

Die Landesbeamtenschaft gibt sich mit der Auskunft des Landeshauptmannes Sever nicht zufrieden, verweist darauf, daß in den Kassen der Landesversicherungs- und der Landeshypothekenanstalt Geld genug vorhanden sei, das zur Steuerung der bittersten Not der Angestellten verwendet werden könnte. Es wird eine neuerliche Deputation beim Landeshauptmann Sever versprochen und neuerliche Zugeständnisse zu erwirken trachten.

Der Landtag wird unter dem Druck der heutigen Versammlung am Dienstag den 2. September zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.